

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Friedrich W. Busch und Hans-Joachim Wätjen

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.

Die *Oldenburger Universitätsreden* werden seit 1986 herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und – bis zur Nummer 124 – Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch
Institut
für Erziehungswissenschaft 1
Postfach 25 03
26111 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4909
Telefax: 0441/798-2325
e-mail:
friedrich.busch@uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hans-Joachim Wätjen
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4000
Telefax: 0441/798-4040
e-mail:
waetjen@bis.uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
z.H. Frau Barbara Šíp
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-2261
Telefax: 0441/798-4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

Nr. **128**

Konrad Schily

**Regionalisierung und
Globalisierung als
Herausforderung für die
Universitäten der Zukunft**

2000

VORWORT

Erstmals wurde am 9. Oktober das Akademische Jahr an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg feierlich eröffnet. Der Präsident Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch hatte Universitätsangehörige, Freunde der Universität und Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Kultur in das Hörsaalzentrum eingeladen, um die enge Verbundenheit der Universität mit der Stadt und der Region zu unterstreichen. Die Eröffnung des Akademischen Jahres soll künftig zu einer selbstverständlichen Tradition werden wie die bewährte Begrüßung der neuen Studierenden und der alljährliche Neujahrsempfang der Universitätsgesellschaft. Mit dem Thema Internationalisierung wurde der Auftakt kein inhaltsleeres Ritual, sondern eine gelungene Veranstaltung zu einer aktuellen hochschulpolitischen Frage. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten und dem Grußwort des Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft Peter Waskönig stand die Internationalisierung der Universitäten gleich mehrfach als Motto über der Veranstaltung:

Für die Verleihung der Universitätsmedaille an Gabriele Erpenbeck, die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, und an Prof. Dr. Patrice Gélard von der Universität Le Havre, hätte der Präsident keinen passenderen Rahmen schaffen können. Beide wurden für ihre Verdienste um die Universität Oldenburg geehrt. So hat Gabriele Erpenbeck eine Reihe von Projekten zur Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen initiiert und eine praxisnahe Zusammenarbeit mit unserer Universität entwickelt. Ganz im Sinne des anschließenden Festvortrages von Konrad Schily liegen die Verdienste des Rechtswissenschaftlers Patrice Gélard. Ohne sein Engagement gäbe es nicht das deutsch-französische Doppeldiplom seiner Fakultät und unseres Fachbereichs Wirtschafts- und Rechtswissenschaften.

Der Festredner Dr. Konrad Schily bot mit seinem Vortrag viel Diskussionsstoff – auch noch für den anschließenden Empfang. Der langjährige Präsident der ersten deutschen Privatuniversität Witten/Herdecke beklagt vor allem im Bereich der Lehre die eher regionale denn nationale oder gar internationale Orientierung der staatlich verwalteten Universitäten in Europa. Mit ihren starren Strukturen seien sie derzeit nicht konkurrenzfähig gegenüber den auf den europäischen Bildungsmarkt drängenden amerikanischen Universitäten.

Seine Vision für die Zukunft der europäischen Hochschulen im sich verschärfenden Wettbewerb setzt umfassende Autonomie und deren Ausgestaltung durch unternehmerisches Handeln voraus, das am ehesten in einer Stiftung möglich ist. Erst dann sieht er die Chance für erfolgreiche strategische Allianzen mit anderen europäischen Stiftungsuniversitäten. In seinem Modell eines strukturierten Studiums, in drei europäischen Ländern und ohne umständliche Anerkennungsverfahren könnten europäische Universitäten neben den fachlichen Qualifikationen auch kulturelle Lebenserfahrungen – am besten in Kombination mit geisteswissenschaftlichen Elementen – vermitteln wie keine amerikanische Universität und so den Anteil der ausländischen Studierenden auf ein Drittel steigern. Schily sieht hier ein bisher überhaupt nicht ausgeschöpftes Potential, das in der kulturellen Vielfalt Europas begründet ist.

Unsere Universität ist trotz ihres erfolgreichen Bemühens um ausländische Studierende und weitere Kooperationen von Schilys Visionen noch weit entfernt. Die Veröffentlichung seines Vortrages in den Universitätsreden könnte auch unsere Diskussionen beleben, sei es um die in Niedersachsen geplante Umwandlung der Hochschulen in Stiftungen, um die unternehmerisch und mit einem partizipativen Führungsstil geführte Universität oder um internationale englischsprachige Studiengänge.

KONRAD SCHILY

*Regionalisierung und Globalisierung als
Herausforderung für die Universität der Zukunft*

Herr Prof. Dr. Grubitzsch hat mich gebeten, heute den Eröffnungsvortrag zu halten, obwohl er weiß, daß man mich vorwiegend, wenn überhaupt, als einen Kritiker am staatlichen Hochschulsystem kennt. Aber darum soll es heute nicht gehen, sondern es soll um Europa gehen, und in Europa wiederum um die Aufgabe der Universitäten in der Gegenwart und Zukunft.

Wenn wir über Europa sprechen, so sprechen wir über jenes Gebiet, das eigentlich unsere geistige Heimat ist, denn die Europäer haben – auch wenn sie immer wieder grausige Kriege untereinander geführt haben – geistig, wissenschaftlich, kulturell voneinander gelebt. Ein Newton und ein Shakespeare, ein Dante, ein Cervantes, ein Decartes – um nur ganz wenige zu nennen – sind konstituierend nicht nur für die Kultur ihres eigenen Landes oder ihrer Nation, sondern für die Bildung in allen Ländern, die sich in den Jahrhunderten oder fast zwei Jahrtausenden nach dem griechisch-römischen Kulturkreis entwickelt hat.

Dabei will ich mir verbieten – obwohl es außerordentlich interessant ist – auf die Geschichte der europäischen Universitäten einzugehen, sondern ich werde ganz generell auf ihre gegenwärtige Situation abheben und daraus Aspekte, vielleicht gar Visionen für die Zukunft gewinnen.

Blickt man auf die Wanderungsströme der Studierenden international, so sieht man, daß internationale Maßstäbe heute von den US-amerikanischen Universitäten (dort sowohl von den

staatlichen als auch von den privaten) gesetzt werden, gefolgt von einigen englischen Universitäten.

Frankreich hat immer noch eine gewisse Zuwanderung aus den afrikanischen früheren kolonialen Ländern, aber das ist es dann auch.

Die genannten Universitäten aus dem angelsächsischen Raum – insbesondere die aus den Vereinigten Staaten, aber auch aus Australien – haben sich globale Ziele gesetzt. Studium, Qualifikation sind ein Teil des Dienstleistungssektors geworden, mit einem erheblichen Anteil inzwischen am gesamten Dienstleistungsaufkommen dieser Länder. Diese Universitäten werden Teil sich globalisierender Wissensmärkte. Voraussetzung hier wie bei allen Märkten sind bestimmte Standards der Marktteilnehmer. In unserem Falle haben sich die Qualifikationsgrade Bachelor und Master US-amerikanischer Prägung als Standards durchgesetzt. Die Entwicklungen in Bremen, Frankfurt und Hannover sowie in anderen Orten in Deutschland zeigen, daß unser Land davon nicht ausgenommen bleibt; ich könnte die Beispiele in Europa – Frankreich, Italien... – ergänzen. Europa wird zum Operationsgebiet amerikanischer Universitäten!

Auch dies ist ein Zeichen der Globalisierung, zu der auch die europäische Wissenschaft kräftig beigetragen hat. Globalisierung ist letztlich ein Ergebnis dessen, was sich technisch und wissenschaftlich in den Zeitläufen ergeben hat. Wo wir den Anfang dieser Entwicklung setzen, ist ziemlich gleichgültig – wir können die Entdeckung der Dampfkraft, die erste Entwicklung schneller pneumatischer Rechenmaschinen, das erste Transatlantik-Kabel oder anderes jeweils als einen Markierungspunkt nehmen. Ergebnis jedenfalls ist, daß unsere gesamte Welt wissenschaftlich und technisch immer weiter durchdrungen wird. Wenn auch die Menschen sich in Zukunft mit Sicherheit ernähren, kleiden und behausen müssen, werden jedoch die Werkzeuge zur Erreichung dieser Ziele einer fortgesetzten Änderung – eben durch Wissenschaft – unterliegen.

Der Bäcker wird sicher weiter Brot backen – aber mit algorithmisch gesteuerten Backstraßen. Die Schneider errechnen den optimalen Zuschnitt der Stoffe mittels eines Computers, Architekten errichten Häuser zuerst im virtuellen Raum, die Agrar-Biochemie hat die Landwirtschaft schon seit vielen Jahren weitgehend ersetzt.

Wir sollten deshalb nicht überrascht sein, daß Wissen heute einen weltweiten Markt hat und daß die Nachfrage nach Wissen groß ist, denn auch der am Markt teilnehmende Handwerker – nicht nur die Industrie – kann nur im Markt bleiben, wenn er neues Wissen selbst erzeugt oder abfragt – das heißt: kauft.

Viele glauben, daß in der Wissensproduktion die eigentliche Wertschöpfung der Zukunft liege. Davon könnten auch die Universitäten profitieren – der Presse habe ich jüngst entnommen, daß die forschenden US-amerikanischen Universitäten bereits über 500 Billionen Dollar jährlich (hier Einnahmen) aus Lizenzen erzielen, mit einem jährlichen Wachstum von rund 20 %.

Ob die Wissenschaft nützlich sein soll oder der allgemeinen Bildung des Menschen dienen soll, ist ein Gegensatz, der die Universitäten fast immer begleitet hat. In der gegenwärtigen Diskussion überwiegt der Aspekt der Nützlichkeit: Wer Stellungnahmen der Wissenschaftsministerien liest, liest überwiegend industrie-politische Argumentationen; Wissenschaftspolitik wird zu Standortpolitik – durch die hochentwickelte Kommunikationstechnik, mit der Kapitalströme über die ganze Welt bewegt werden, und durch die ständig verbesserten Transportmöglichkeiten für Produkte hat sich eine globale Wirtschaft ergeben, die den Druck auf eine ständige Verbesserung und Verbilligung der Produkte permanent erhöhen. Der europäische Einigungsprozess war Antrieb und Antwort dieser Entwicklung, auf die auch die Universitäten sich werden einstellen müssen.

Im Bereich der Forschung – jedenfalls in der naturwissenschaftlichen Forschung im weitesten Sinne – ist Internationalität eine Selbstverständlichkeit. Forschergruppen kooperieren über Kontinente hinweg, ebenso wie sie konkurrieren. Der Wettbewerb ist global – das entscheidende Kriterium ist der Innovationszeitpunkt; wo eine Arbeitsgruppe sitzt, die den Bauplan eines Gens entschlüsselt, ist völlig irrelevant.

Der Bereich der Lehre hingegen ist weiterhin – jedenfalls in Europa – durch eine kleinräumige Orientierung geprägt. In der Bundesrepublik sind die Orientierungen – Stichwort „wohnortnahes Studium“ – sogar eher regional denn national. Dieses Modell wird keinen Bestand haben können, weil es den zukünftigen Lebens- und Arbeitswelten nicht entspricht. Universitäten werden sich perspektivisch aus der engen Bindung an und der Bevormundung durch Gebietskörperschaften herausentwickeln müssen. In Deutschland sind die Universitäten in gewissem Sinne immer noch Institutionen der Daseinsvorsorge eines Bundeslandes – zukünftig werden sie ein Wettbewerber in einer globalen Bildungsindustrie sein müssen, sollen sie nicht auf den Status eines US-amerikanischen *community colleges* herabsinken.

Die Organisation der Kernleistungsprozesse einer Universität – Lehre, Forschung und Dienstleistung – wird in Zukunft über Länder- und Hochschulsystemgrenzen hinweg erfolgen müssen. Dazu bedarf es neuer Strukturen, neuer Allianzen und in jedem Falle neuer weitgehender Autonomierechte für die einzelnen Universitäten.

Bevor eine Universität ein *going global* als ein strategisches Ziel umsetzen kann, ist es erforderlich, der Universität als Organisation umfassende Autonomie zu verleihen. Alle relevanten Entscheidungen müssen innerhalb der Organisation durch die Organisation getroffen werden können. Solange Universitäten strukturell den Status eines Kombinars innerhalb einer Zentralverwaltungswirtschaft aufweisen, ist Entwicklung in einem sub-

stantiellen Sinne nicht zu erwarten. Der in der Realität längst gescheiterte Anspruch, daß die Universitäten innerhalb der Bundesrepublik ein übereinstimmendes Qualitätsniveau besitzen, muß aufgegeben, und die politischen Konsequenzen müssen daraus gezogen werden. Differenzierung im Wettbewerb ist Voraussetzung für Entwicklung – wo politisch Vielfalt unterbunden wird, kommt jeder Veränderungsprozess, der gesellschaftlich maßgeblich durch Beispiel und Nachahmung, durch Innovations- und Imitationswettbewerb getrieben wird, zum Erliegen. Um es pointiert auszudrücken: die Vereinzelung, die Differenzierung der Universitäten innerhalb des nationalen oder föderalen Hochschulsystems ist zunächst die Voraussetzung dafür, daß sich neue Allianzen und supra-nationale Netzwerke bilden können.

Das *going global* in intelligenter Weise zu organisieren, wird darüber entscheiden, ob eine Universität zukünftig in der internationalen Liga relevanter Forschungsuniversitäten mitspielt, oder beim Zugriff auf herausragende Studierende, auf die sogenannten *high potentials* im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, und im Bereich der Wissenschaftler an den Rand der Provinzialität gedrängt werden. Prinzipiell muß eine Universität das Recht haben, über ihre Globalisierungsstrategie selbst zu entscheiden. Ob eine Universität dieses Ziel beispielsweise ressourcen- und zeitaufwendig durch die Gründung weltweiter Niederlassungen verfolgt, oder aber intelligente Formen strategischer Allianzen mit Kooperationspartnern entwickelt und implementiert, ist letztlich nur durch die Universität selbst zu entscheiden.

Die Potentiale, die herausragende europäische Universitäten durch die Bildung strategischer Allianzen erschließen könnten, sind erheblich. Die geringe internationale Präsenz europäischer Universitäten – mit Ausnahme einiger britischer, ich sagte das schon – steht in einem eklatanten Gegensatz zur verfügbaren Substanz, Qualität und Größe der vorhandenen Einrichtungen. Die Kooperationstiefe eines Verbundes europäischer Hochlei-

stungsuniversitäten muß weit über die heute üblichen Partnerschaften hinausgehen – und davon haben Sie in Oldenburg (das habe ich mir gestern auf dem Internet angeschaut) eine ganze Reihe.

Solche Zukunftsvisionen lassen sich nur erreichen, wenn eine Reform der den Universitäten von außen auferlegten Restriktionen tatsächlich konsequente innere Veränderungsprozesse, die aktiv aus den Universitäten heraus betrieben werden, induzieren. Die europäischen Universitäten werden in Zukunft stärker als heute unternehmerische Organisationen sein müssen. Das mag manchen erschrecken, der in der gegenwärtig zu beobachtenden Entwicklung der radikalen Marktausdehnung zunehmend eine Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Ökonomie, eine Ökonomisierung der Lebenszusammenhänge sieht.

Vor einer vorschnellen Ablehnung des Modells einer unternehmerischen Universität sei aber gewarnt – unternehmerisches Handeln auf den Aspekt monetärer Gewinnerzielungsabsicht zu reduzieren, greift zu kurz.

Unternehmerisches Handeln heißt nichts weiter, als das ökonomische Prinzip zur Anwendung zu bringen. Notwendigerweise begrenzte Ressourcen stehen prinzipiell unendlichen Zielen gegenüber. In fast jeder Situation muß immer wieder neu über die Frage entschieden werden, mit welchem Mitteleinsatz welche Ziele angestrebt werden. Günstige Zielerreichung ist dabei die Maxime: Mit welchem – möglichst geringem – Mitteleinsatz läßt sich ein – möglichst gutes – Ergebnis erreichen. Das gilt für erwerbswirtschaftliche Unternehmen ebenso wie für Universitäten. Und daran ist nichts Schlechtes – es ist allenfalls schwierig bis unmöglich, die optimalen Ziel-Mittel-Kombinationen zu identifizieren. Was wiederum aber nicht bedeutet, daß nicht der Zwang bestünde, gerade *das* immer wieder neu zu versuchen.

Unternehmerische Führung einer Organisation heißt zunächst, Willensbildung und Willensdurchsetzung zu organisieren. Der Prozeß der Willensbildung ist – und dies gilt auch für modern geführte Unternehmen – kein einsamer Entscheidungsprozeß in einem kleinen Zirkel innerhalb einer pyramidenhaften Hierarchie, an deren Spitze die Entscheidungsmacht des Präsidenten gebündelt ist. Die Qualität eines Willensbildungsprozesses und die Qualität der Entscheidung hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, das innerhalb einer Organisation verfügbare relevante Wissen innerhalb eines Entscheidungsprozesses zu mobilisieren und wirksam werden zu lassen. Partizipation, Teilnahme, ist kein Übel, das auf Druck von Arbeitnehmervertretern oder Studierenden mehr oder weniger unwillig gewährt wird, sondern eine Ressource von unschätzbarem Wert für die Führung von Organisationen – seien sie erwerbswirtschaftlich orientiert oder eben – als Universität – nicht.

Willensbildung heißt aber auch, Willensbildungsprozesse innerhalb einer gegebenen Zeit abschließen zu können. Und wenn das Ergebnis eines Willensbildungsprozesses nicht ein Beschluß auf einem Blatt Papier bleiben, sondern in die Wirklichkeit gebracht werden soll, dann müssen es die Strukturen einer Organisation zulassen, gefaßte Beschlüsse auch umzusetzen. Das macht eine klare, personalisierte Führungsverantwortung erforderlich. Unternehmerisches Handeln – Willensbildung und Willensdurchsetzung – kommt nicht ohne Personen aus, die persönliche Verantwortung für die Entscheidungen und die Umsetzung dieser Entscheidungen übernehmen.

In der europäischen Universität der Zukunft wird – gerade, wenn sie unternehmerisch geführt wird und wenn sie über alle Hoheitsrechte verfügt, d.h. die Personalfindung selbständig durchführt, vermögensfähig ist, in eigener Verantwortung Verträge schließt – der innerste Kern der Universität entscheidend wichtig. Eine Universität, die sich von der Grundlagenforschung trennt, in der die Wahrheitsfrage nicht immer wieder neu gestellt wird, trennt sich vom lebendigen Geist der Universität

(Jaspers/Gundolf) und wird im besten Fall zu einer Ansammlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Der Erfolg der Universität Witten/Herdecke – und das ist meine Erfahrung aus den letzten knapp 20 Jahren ihrer Entwicklung – gründete sich nicht zuletzt darin, daß wir uns immer wieder aus diesen inneren Fragestellungen heraus in neue Entwicklungen bewegt haben. Der innerste Kern der Universität – und das ist nach dem alten Wort die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden – ist keinerlei Nützlichkeits erwägungen zugänglich. Er ist so unnützlich und so kostspielig wie jede Form einer wirklich entwickelten Kultur. Und: die vollständige Freiheit muß hier Prinzip sein, völlig angewiesen darauf, ob die Teilnehmenden einen Erkenntniswillen aus sich heraus entwickeln oder nicht. Auch ein jedes Studium muß einen Teil dieser Freiheit spiegeln; das steht nicht im Gegensatz dazu, daß die Studierenden tüchtige Ärzte, Lehrer oder Wissenschaftler werden wollen und sollen, sondern dies stärkt die Studienbiographie der einzelnen.

Ich habe soviel Zeit für die „unternehmerische“ Universität verwendet, weil es mir sicher scheint, daß strukturelle Reformen eine entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Wettbewerbs handlungen sein werden. Wir werden uns eben den Herausforderungen der expansiven Strategie im globalen *“war for talents”* angelsächsischer bzw. US-amerikanischer Universitäten nur stellen können, wenn wir uns in der Folge struktureller bzw. institutioneller Reformen rasch, wie ich gesagt habe, von Einrichtungen der staatlichen Daseinsvorsorge zu autonomen Akteuren der globalen Bildungsindustrie entwickeln. Zur Zeit sind wir in diesem Bereich hoffnungslos abgeschlagen. Unser Ausländeranteil beträgt etwa 5,6 % mit sinkender Tendenz. In den Vereinigten Staaten wird z.Zt. nahezu jeder zweite Studienabschluß in den Natur- und Ingenieurwissenschaften von einem non-United-States-citizen abgelegt.

Die Durchführung wichtiger struktureller Reformen, die neue Handlungsmöglichkeiten und echte Leistungsanreize schaffen, würden für die kontinental-europäischen Universitäten interessante, ja vielversprechende Ansätze für eine erfolgreiche Positionierung im globalen Bildungsmarkt ergeben. Das unkopierbare Potential europäischer Universitäten liegt in der kulturellen Vielfalt Europas.

Um diese Potentiale nutzen zu können, wird die autonome, wettbewerbsfähige Universität der Zukunft europäische Allianzen schmieden. Universitätskonsortien oder Universitätsverbände, innerhalb derer Universitäten in wechselseitiger Abstimmung gemeinsame Studiengänge durchführen, ihre Forschung über Länder- und Hochschulsystemgrenzen hinweg organisieren und ihre Dienstleistungen international anbieten – diesen gehört die Zukunft. Welche organisatorische Gestalt diese Konsortien oder Verbände annehmen werden, kann getrost dem Verlauf des Wettbewerbsprozesses überlassen werden – die Erfahrung lehrt, daß es die optimale Organisationsstruktur nicht gibt, und schon gar nicht, wenn sie am grünen Tisch als Blaupause konstruiert wird. Der Evolutionsdruck des Wettbewerbes wird die erfolgreichsten Strukturmodelle schon herausfiltern.

Drei Universitäten aus drei europäischen Nationen, die ein qualitativ hochwertiges, organisatorisch sauber strukturiertes Studium an drei Standorten gemeinsam durchführen, bieten Studierenden einen entscheidenden Mehrwert: Neben die Vermittlung des disziplinären Wissens tritt – quasi als Koppelprodukt – interkulturelle Erfahrung, ohne die in einer globalisierten Welt auch das beste disziplinäre Wissen nicht mehr viel wert sein wird. Man stelle sich vor: ein dreijähriger Bachelor-Studiengang wird zu gleichen Teilen in drei unterschiedlichen Ländern durchgeführt, für den Studierenden ohne Zeitverzug, ohne Probleme bei der Anrechnung von Studienleistungen. Neben einem guten Studium gewinnen diese Studierenden einen internationalen Aktionsradius, ein internationales Netzwerk sowie eine

Fülle persönlichkeitsprägender Erfahrungen und Wissenshintergründe.

Daß sich die Universitäten dabei ändern müssen, um in dieser Weise kooperationsfähig zu werden, ist klar: für Lehrende wie für Lernende gilt, daß zukünftig neben die jeweilige Landessprache obligatorisch auch eine ausgeprägte Sprachfähigkeit in der lingua franca der Wissenschaft und der Wirtschaft, d.h. in Englisch treten muß. Und die Hochschulen werden sich durchsetzen, die sich nicht nur um eine obligatorische internationale Dimension anreichern, sondern diejenigen, die auch das Verhältnis zwischen unmittelbar fachbezogenem, disziplinärem Wissen und übergreifenden kultur- und geisteswissenschaftlichen Studienelementen neu justieren.

Die Navigationsfähigkeit in komplexen Umfeldern – wenn wir von Globalisierung reden, reden wir automatisch immer über eine Zunahme der Komplexität, über schwer durchschaubare Interdependenzen in einer durch vertiefte internationale Arbeitsteilung verbundenen Welt – diese individuelle Navigationsfähigkeit ist eine Funktion ausgeprägten Orientierungswissens. Dieses Wissen erwirbt ein zukünftiger Ingenieur oder Manager nicht, wenn er sich im Studium ausschließlich mit den Methoden seines Faches auseinandersetzt.

Die zukünftige exzellente fachliche Ausbildung muß ihre Ergänzung finden durch kultur- und geisteswissenschaftliche Elemente. Wenn wir fordern, daß zukünftige Manager oder Ingenieure sich – zumindest exemplarisch – mit Philosophie zu befassen haben, folge ich nicht in erster Linie einem bürgerlich-humanistischen Bildungsideal. Ein bewußter erkenntnistheoretischer Standpunkt ist kein akademisches *“nice-to-have”*, sondern eine ungeheuer praktische Navigationshilfe in komplexen Umfeldern.

Dies vorausgesetzt werden Sie verstehen, warum ich mit einem Vorschlag *Europäische Stiftungsuniversitäten* an die Öffentlichkeit getreten bin. Ziel dieses Vorschlages ist, daß jede europäi-

sche Nation eine Universität ihres Einflußbereichs freigibt, d.h. „stiftet“. Also meinetwegen Holland, Frankreich, England, Dänemark, Deutschland machen den Anfang, entlassen jeweils eine Universität in die Freiheit, „stiften“ sie, machen sie zur eigenen Firma. Diese Universität muß dann über die volle Personalhoheit, Finanzhoheit, Vermögenshoheit etc. verfügen. Ich sagte, die Länder müssen diese Universitäten „stiften“, d.h. sie müssen sie weiter alimentieren. Natürlich wird das über Verträge geschehen müssen, denn es stehen sich jetzt zwei Freie und Gleiche gegenüber: einerseits die „gestiftete“ Universität als eigene Firma, und andererseits das Land. Aber für sie würde das lediglich eine rechtliche Weiterentwicklung des Globalbudgets bedeuten, das sie dann nach eigener Maßgabe bewirtschaften könnten. Natürlich wird eine Universität auch Verpflichtungen dem Land gegenüber übernehmen müssen, z.B. Aufnahme der Landeskinder etc.

Der weitergehende Vorschlag ist, daß die so verselbständigten Universitäten sich in einem Zentralorgan der europäischen Universitätsstiftung zusammenschließen. Über dieses Zentralorgan bewirken die Universitäten ihre gemeinsamen Verabredungen, das Setzen von Standards etc. Wir haben weiter vorgeschlagen, daß die verselbständigten Universitäten zwei Stiftungsaufgaben bekommen. 1. Sie müssen jedem, der an einer europäischen Stiftungshochschule Aufnahme gefunden hat, auch bei sich Zugang gewähren, und 2. Sie dürfen keine Schlußqualifikation erteilen, wenn nicht eine wesentliche Zwischenqualifikation an einer Hochschule in einem anderssprachigen Land von dem Studierenden erworben worden ist. Damit würde sich eine außerordentliche Wanderungsbewegung ergeben; man kann schätzen, daß an einer solchen Stiftungshochschule etwa 1/3 der Studierenden nicht der jeweiligen Landesnationalität angehören würde. Denn, wie gesagt, die geringe internationale Präsenz steht im Gegensatz zum vorhandenen Potential der Universitäten. Die Vielfalt Europas bietet eine besondere Chance im internationalen Wettbewerb. Während in der Abgrenzung, im Partikularismus, die Schwäche Europas liegt, eröffnet eine Zu-

sammenführung in eine „Einheit in der Vielfalt“ den Universitäten Europas herausragende Erfolgchancen.

Die Gewinnung der „Einheit in der Vielfalt“ erfordert neue Strukturen und Allianzen. Die Errichtung der *European University Foundation* als gemeinsames Organ europäischer Reformuniversitäten würde dem Aufbau eines europäischen Universitätsverbundes dienen. Wie gesagt: die *European University Foundation* wäre die Instanz der Willensbildung der verbundenen Universitäten. Die Gestaltung der Zusammenarbeit erfolgt aufgrund freier Vereinbarungen der Universitäten innerhalb der Dachorganisation. Die Regeln, nach denen die Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Universitätsverbundes gestaltet wird, werden den Universitäten nicht von dritter Seite vorgegeben, sondern durch gemeinsame Entscheidungsfindung entwickelt.

Es sollen eben nicht gleiche Universitäten in verschiedenen Ländern stehen, sondern die Universitäten sollen ihren Charakter behalten, sie sollen gerade ihre Landes- und regionale Farbe widerspiegeln, aber sie sollen sich gleichzeitig der Internationalität öffnen. Und da nur der in der Globalisierung überleben kann, der wendig und flexibel ist – für die Universität bedeutet dies, daß auch sie eine „lernende Organisation“ ist – kann es nicht in irgendeiner Weise von einer europäischen, politisch zentralen Stelle gesteuert werden. Dabei kämen dann nur wieder lange Verordnungen über die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, das Auszählen von Semester-Wochenstunden etc. zustande.

Die wirtschaftliche und politische Einigung Europas ist ein großartiger Prozess. Das Europa der Kultur und Bildung aber, das sich parallel zum Europa der gemeinsamen Währung entwickeln muß, entsteht nur dann, wenn die zukünftigen Leistungsträger der europäischen Gesellschaften die Vielfalt Europas als selbstverständlichen Teil ihres individuellen Bildungsprozesses erfahren und dabei die Kompetenz aufbauen, mit dieser Vielfalt gleichermaßen sensibel wie produktiv umzugehen. Dies

wird nicht im Gegensatz zur Virtualisierung der Universitäten geschehen: die raum-ungebundene Verfügbarkeit von Bildungsinhalten im Internet findet ihre wirksame Entsprechung durch eine Stärkung der Ebene persönlicher Erfahrungen innerhalb des Studiums, wenn dieses systematisch interkulturelle Begegnung und Auseinandersetzung integriert.

Denn vergessen wir nicht den Satz, der Monet zugeschrieben wird, und mit dem ich schließen will: „Wenn Europa ein Ganzes wird, dann wird es dies als Kulturraum.“

SIEGFRIED GRUBITZSCH

Laudatio

für die Verleihung der Universitätsmedaille
an Frau Gabriele Erpenbeck

Frau Gabriele Erpenbeck ist seit 1987 Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen. Sie hat seither mit hohem politischen und persönlichem Engagement versucht, das oft nicht immer einfache Zusammenleben der Mehrheiten und Minderheiten in unserer Gesellschaft zu verbessern. Jenseits der durch Medien geprägten Debatten in der Öffentlichkeit tritt Frau Erpenbeck als Mittlerin zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung auf. Sie versucht Vorurteile innerhalb der Bevölkerung zu bekämpfen und initiiert und fördert hierzu Projekte zur Verbesserung von Akzeptanz und Toleranz zwischen Mehrheiten und Minderheiten.

In Ihrem Bemühen um einen rationalen Diskurs und um die Integration der Migrantinnen und Migranten hat Frau Erpenbeck immer wieder auch die Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg gesucht. Aus dieser Zusammenarbeit sind mehrere wichtige Projekte und Initiativen entstanden. Zu nennen sind hier insbesondere das Projekt INTEGRA 2000 des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung und des Instituts für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (ein Projekt zur beruflichen Qualifizierung) sowie das landesweite Projekt der dezentralen Flüchtlingssozialarbeit, ebenfalls in Kooperation mit dem Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen.

Frau Erpenbeck ist stets für einen respektvollen und reflektierten Umgang der Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserer Gesellschaft eingetreten und hat versucht, die zum Teil hoch-emotionalisierten Auseinandersetzungen um Zuwanderung und ihre politischen, rechtlichen und sozialen Folgen zu versachlichen. In diesem Sinne bedeutet Integration immer noch die beste Prävention von Ausgrenzung, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.

Wie die Ereignisse in letzter Zeit deutlich machen, kann es nicht genug Menschen geben, die besonnen und gleichwohl couragiert für ein friedliches und freundliches Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Kulturen in diesem Land eintreten. Frau Erpenbecks außergewöhnliches Engagement in diesem Bereich und die äußerst produktive Zusammenarbeit mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg möchten wir heute mit der Verleihung der Universitätsmedaille honorieren. Frau Gabriele Erpenbeck hat der Universität in ihrem Bemühen, Konzepte für einen zivilen Umgang mit Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, wichtige Impulse gegeben.

SIEGFRIED GRUBITZSCH

Laudatio

für die Verleihung der Universitätsmedaille
an Prof. Dr. Patrice G elard

Mit Professor Patrice G elard ehren wir einen Hochschullehrer, der seit langem zur Avantgarde der Architekten europäischer Hochschulkonzeptionen gehört. In Le Havre hat er die Faculté des Affaires Internationales gegründet, die mit ihrer Integration von Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie einem gleichrangig ausgebautem sprachlichen Ausbildungsangebot eine beispielhafte Basis für europäisch und international ausgelegte Studienkonzeptionen bietet. Die Carl von Ossietzky Universit  Oldenburg hat davon profitiert. Die Faculté des Affaires Internationales war unserem Fachbereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften der ideale Partner für das seit 10 Jahren bestehende deutsch-französische Doppeldiplom. Patrice G elard hat an verantwortlicher Stelle dieses Doppeldiplom aufgebaut und zu einem dauerhaften Angebot ausgebaut. Patrice G elard hat einen wichtigen Beitrag für die Kooperation zwischen der Universit  Oldenburg und der Universit  in Le Havre geleistet und die Internationalisierung unserer Universit  deutlich vorangebracht.

Sein wissenschaftlicher Werdegang weist von Anfang an deutlich in die Richtung des Internationalisten. Neben den erforderlichen Qualifikationen im öffentlichen Recht und in den Politikwissenschaften für seine wissenschaftliche Karriere promovierte er in der Slawistik und wurde aus dieser Kombination heraus zu einem bis heute zur Spitzengruppe zählenden Wissenschaftler der russisch-französischen Rechtsvergleichung. Patrice

Gélard wurde neben vielen anderen internationalen Engagements zum Gründer der internationalen Staatsrechtslehrervereinigung, er ist heute ihr Ehrenpräsident. Die deutsch-französische Partnerschaft wird in der Politik immer wieder zu Recht als Motor der europäischen Einigung hervorgehoben. Im Wissenschaftsbereich sind es einige wenige Persönlichkeiten, die Vergleichbares leisten. Zu ihnen zählt Professor Gélard.

Die Autoren

SIEGFRIED GRUBITZSCH (1940)

Dr. rer. nat., Dipl.-Psych., Universitätsprofessor für Psychologie, Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 1998.

Studium der Psychologie, Betriebswirtschaft, Pädagogik und Politikwissenschaft und Zoologie in Mainz und Braunschweig. 1972 Promotion zum Dr. rer. nat. Assistenten-, später Akademische Ratsstelle im Fachbereich Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg. 1972 bis 1975 Professor für Pädagogische Psychologie an der PH Weingarten/Konstanz. Seit 1975 Professor für Psychologische Diagnostik an der Universität Oldenburg. 1986 Gastprofessur an der Universität Wien, 1992 Gastprofessur an der Universität Zaporoshje (Ukraine). 1992 bis 1995 Dekan des Fachbereich 5 Psychologie. 1995 Vizepräsident der Universität Oldenburg.

Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Methodik der Psychodiagnostik als Sozialkontrolle, Qualitätskontrolle psychologischer Begutachtung und psychologischer Testanwendung.

Herausgeber der Zeitschrift „Psychologie und Gesellschaftskritik“ (seit 1977), Veröffentlichungen u.a. „Testtheorie – Testpraxis“ (1991).

KONRAD SCHILY (1937)

Dr. med.

Studium der Medizin an den Universitäten Basel, Tübingen, Hamburg 1957 bis 1964, Promotion zum Dr. med. in Tübingen 1966, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie 1976.

Vorstandsmitglied des gemeinnützigen Vereins zur Entwicklung von Gemeinschaftskrankenhäusern (1966 bis 1984), Aufbau der

Abteilung für klinische Labordiagnostik (1969 bis 1974) und Aufbau sowie spätere Leitung der neurologischen und psychiatrischen Abteilung des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke unter PD Dr. Gerhard Kienle (1969 bis 1983).

1978 bis 1980 ärztlicher Leiter des 1. Mentorenkurs für Musiktherapie, 1980 Aufbau eines Studiengangs Musiktherapie an der Musikhochschule Aachen in Kooperation mit dem Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke. 1984 Übernahme des Diplom-Studienganges an die Universität Witten/Herdecke.

1976 bis 1981 Vorbereitungen zur Gründung einer Hochschule in freier Trägerschaft zusammen mit PD Dr. Gerhard Kienle und Prof. Dr. Hensel (Marburg) im Rahmen der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften.

1981 Eintragung des Universitätsvereins Witten/Herdecke; 1982 Anerkennung der Universität durch die Landesregierung in Düsseldorf; 1983 Betriebsbeginn der Universität Witten/Herdecke. Von 1981 bis 1988 Vorstandsvorsitzender des Universitätsvereins. 1988 Verselbständigung der Universität Witten/Herdecke in eine GmbH. Von 1988 bis 1999 Präsident der Universität.

Seit Oktober 1999 stellvertretender Vorsitzender des Direktori-ums (Gesellschafterversammlung) der Universität Witten/Herdecke.

Arbeitsschwerpunkte: Bildungs- und Ausbildungsfragen

Veröffentlichungen: Zahlreiche Buchbeiträge, Aufsätze zu Fragen der Bildung und Universitätsstrukturen. „Der staatlich bewirtschaftete Geist“, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1995.